

Die letzte Sitzung vor der Berlin-Wahl am 20. September fand am 2. September statt.

CDU nutzt Kampf gegen Antisemitismus für den Wahlkampf

Mit einem Dringlichkeitsantrag forderte die CDU-Fraktion die BBV Pankow auf, ihren klaren und uneingeschränkten Konsens gegen Antisemitismus in jeder Form erneut zu bekräftigen. Dieser Konsens wurde von den demokratischen Fraktionen der BBV in der Vergangenheit immer überparteilich praktiziert. Mehrere Resolutionen der aktuellen und der vergangenen Wahlperioden bezeugen das.

Selbstverständlich stimmte die Linksfraktion dem Antrag unumwunden zu. Die Fraktion kritisierte aber den Vorgang zum Antrag der CDU: Demokratischer Konsens ist nicht nur der Schutz jüdischen Lebens, sondern auch eine fraktionsübergreifende Erarbeitung und Einbringung solcher Resolutionen. Das heißt, dass sich vorher über Anträge und Resolutionen zum Thema verständigt wird, um geschlossene Abstimmungen zu ermöglichen – auch, um Hass und Hetze durch Streit in der BBV keinen Platz zu lassen. Vielmehr sollte im Mittelpunkt stehen, was zusammen für tatsächlichen Schutz sowie Sichtbarkeit jüdischen Lebens als selbstverständlichen Teil unserer Gesellschaft in unserem Bezirk und in Berlin getan werden kann.

Keine rechtsextremen Strukturen auf Pankows Sportanlagen

Die Linksfraktion forderte mit einem Antrag, Maßnahmen wie zum Beispiel auslaufende Nutzungsverträge mit Vereinen oder Personen, bei denen Verbindungen zu rechtsextremen Strukturen bekannt geworden sind, nicht automatisch zu verlängern. Das Bezirksamt soll vor einer Verlängerung umfassend prüfen, ob Vereine ihre vertraglichen Pflichten erfüllen, die Sportanlagen tatsächlich entsprechend nutzen und weiterhin förderungswürdig sind. Öffentlich dokumentierte Hinweise auf die Nutzung der Anlagen durch Personen aus der rechtsextremen Szene sollen dabei ausdrücklich berücksichtigt werden. Bei Verstößen sollen alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft und freiwerdende Sportflächen transparent neu vergeben werden.

CDU und SPD verharmlosen das Thema.

Die CDU stimmte (wie bereits 2024) gegen den Antrag, um ihren Bezirksstadtrat Jörn Pasternack zu entlasten, in dessen Verantwortungsbereich die Sportstätten fallen.

Die SPD beantragte die Überweisung in entsprechende Ausschüsse. Dieser Antrag scheiterte jedoch.

Am Ende fand unser Ursprungsantrag auch ohne CDU und SPD eine Mehrheit – mit Applaus im Saal.